Invalidenversicherung ohne Viertelsrenten

Bern. – Mit einigem Bedauern hat der Ständerat am Mittwoch die Viertels- und Zusatzrenten der Invalidenversicherung gestrichen. Die defizitäre Versicherung wird damit um jährlich 94 Millionen Franken entlastet. Härtefälle will man mit Ergänzungsleistungen auffangen.

In der Schweiz beziehen heute zirka 4000 Menschen eine Viertelsrente in der Höhe von 500 Franken monatlich. Sie wird bei einem Invaliditätsgrad von 40 bis 50 Prozent ausgerichtet. Eine starke Minderheit wehrte sich am Mittwoch im Ständerat gegen die Streichung der 1988 eingeführten Viertelsrenten. Hans Danioth (CVP, Uri) und Christiane Brunner (SP, Genf) warnten vor dem negativen Effekt, dass der Druck auf die halben Renten (Invaliditätsgrad 50 bis 66 Prozent) zunehmen und die Behindertenintegration erschwert werden könnte. Die Streichung der Viertelsrenten bestrafe all jene, die trotz ihrer Behinderung beruflich aktiv blieben. Auch der Mehrheit der Kommission bereitete es kein besonderes Vergnügen, die Viertelsrenten zu streichen. Doch ohne Eingriffe auf der Ausgabenseite werde es unmöglich, die IV je zu sanieren, argumentierte sie.

Der Ständerat stimmte der Streichung der Viertelsrenten mit 23 gegen 13 Stimmen schliesslich zu. Die bisherigen Rentenansprüche werden damit nicht aufgehoben. Künftige Härtefälle werden in das System der Ergänzungsleistungen (EL) überführt, was laut Bundesrätin Ruth Dreifuss insofern wegweisend ist, als das Prinzip Ergänzungsleistungen nur bei Rente aufgebrochen wird. Dies sei kein Sündenfall, sondern dies sei Zukunftsmusik, widersprach sie dem Kommissionssprecher.

Zusatzrenten gestrichen

Kaum zu Diskussionen Anlass gab die Streichung der Zusatzrenten für Ehefrauen analog zur 10. AHV-Revision. Sie entfallen heute auf rund 60 000 Partnerinnen von ehemals Erwerbstätigen mit einer IV-Rente und bewegen sich monatlich zwischen 299 Franken bei Minimalrente und 597 Franken bei Maximalrente, die ab einem Invaliditätsgrad von 66 Prozent ausgerichtet wird. Das Auslaufen der Zusatzrenten bringt in den ersten sechs Jahren voraussichtlich Einsparungen von 74 Millionen Franken. *(AP)*